

Öffentliches Protokoll Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.03.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:06 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Norman Rothe	SPD
Bastian Sue	DIE LINKE
Detlev Blohm	CDU
Wolfgang Dutsch	CDU
Jörg Keller	CDU
Manfred Eichhorn	SPD
Sophia Jacobs-Emeis	SPD
Rainer Hagendorf	Bündnis 90 / Die Grünen
Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen
Olaf Wuttke	Bündnis 90 / Die Grünen
Martin Schumacher	FDP
René Penz	WSI

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Jule Hansen Jugendbeirat

Verwaltung

Niels Schmidt	Bürgermeister
Gisela Sinz	Fachbereichsleiterin FB 2
Karl-Heinz Grass	Fachdienstleiter FD 2-61
Anneka Warsitz	Fachdienstleiterin FD 2-63 ab TOP 7
Katrin Matthies	Protokollführung

Abwesend

Seniorenbeirat

Gabriele Winter	Seniorenbeirat	entschuldigt
-----------------	----------------	--------------

Gäste:

Zu Top 5 Einvernehmen Elbstraße 31

Herr Schenk	Architekt
Herr Jaeckh	Bauherr

Zu Top 7 Städtebaulicher Vertrag B-Plan 20g

Herr Rehder

Bauherr

2 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Sue beantragt, die Tagesordnungspunkte ab TOP 7 öffentlich zu beraten, aus seiner Sicht ist die Begründung für die nichtöffentliche Beratung nicht ausreichend.

Herr Schmidt erläutert, dass Vertragsangelegenheiten grundsätzlich nichtöffentlich beraten werden, da auch die jeweiligen Vertragspartner einen Anspruch auf Vertraulichkeit haben.

Herr Burmester schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu TOP 4 analog zu den letzten Jahren abzuändern in: „Der Planungsausschuss empfiehlt für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit die Haushaltssatzung 2021 dem Rat zur Beschlussfassung.“

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremienmitglieder stimmen über die vorgelegte Tagesordnung ab, mit Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 7 und 8.

11 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Protokollgenehmigungen | |
| 3.1 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2020 | |
| 3.2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.02.2021 | |
| 4 | Haushaltssatzung 2021 | BV/2020/081-1 |
| 5 | Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Elbstraße 31, Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 4 Wohneinheiten | BV/2021/004 |
| 6 | Anträge der Fraktionen | |
| 6.1 | Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:
Anträge zu Wedel Nord | ANT/2020/034 |
| 6.2 | Antrag SPD-Fraktion; hier:
Rad- und Fussweg B431 | ANT/2021/003 |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|---|---|-------------|
| 7 | Bebauungsplan Nr. 20 g, "Strandweg", Teilbereich
Treppenviertel, Nord
hier: Städtebaulicher Vertrag | BV/2021/013 |
|---|---|-------------|

8 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2020/084

8.2 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2020/085

8.3 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2020/098

8.4 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2021/008

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Da die Tagesordnung pandemiebedingt um die Berichts- und Anfragenpunkte gekürzt wurde, möchte Herr Eichhorn als Einwohner der Stadt Wedel eine Frage stellen.

„Im Hamburger Abendblatt vom 19.02.2021 stand der Artikel über die Elbvertiefung. Unter anderem stand dort zu lesen, dass das ausgebaggerte Sediment, welches bei Neßsand abgelagert werden soll, schon nach wenigen Wochen wieder zurückgeschwemmt wird.“

Herr Eichhorn möchte wissen, wieweit dabei der Wedeler Hafen betroffen sei und falls ja, ob die Stadt Hamburg für das Freispülen des Wedeler Hafens mit aufkomme.

Herr Grass berichtet, dass im Zuge der Fahrrinnenanpassung der Elbefond eingerichtet worden ist. Die Stadt Wedel hat bereits Ende 2020 einen Antrag auf Kostenbeteiligung gestellt, dabei geht es um ca. 6.000 Euro (30% der Gesamtkosten). Bisher liegt noch kein Bescheid vor.

Auf Nachfrage, ob auch ein Antrag wegen Haftungsschäden auf Grund niedrigeren Wasserstand für die Absackung an der Westmole gestellt werden könnte, wird erläutert, dass es sich bei den Mittel aus dem Fond um Fördergelder, nicht um Regressgelder handelt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat hat nichts zu berichten. Der Umweltbeirat tagt derzeit ausschließlich digital. Der neue Satzungsentwurf wird derzeit erneut geprüft. Der Seniorenbeirat ist nicht vertreten.

3 Protokollgenehmigungen

3.1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2020

Beschluss:

Das Protokoll wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	3
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	2	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	0	0	1

3.2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.02.2021

Beschluss:

Das Protokoll wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

4 Haushaltssatzung 2021

BV/2020/081-1

Im Vorfeld der Sitzung wurden vier Fragen von Planungsausschussmitgliedern an die Verwaltung übermittelt, von denen zwei schriftlich vorab und zwei mündlich in der Sitzung beantwortet wurden.

Frage:

Ist es richtig, dass für das Jahr 2021 keine Einnahmen aus der Vermarktung der Buswartehäuschen erzielt werden können?

Antwort:

Ja, das ist richtig. Der seit 1992 laufende Vertrag wurde seitens des Vertragspartners zum 31.05.2020 gekündigt. Eine Ausschreibung für einen neuen, langfristigen Vertrag brachte keine annehmbaren Angebote. Es hat sich gezeigt, dass durch die Corona-Situation der ohnehin angespannte und sich wandelnde Werbemarkt grundlegend eingebrochen ist. Der Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung strebt daher an, mit einer Firma einen kurzfristigen Vertrag zwecks Bewirtschaftung bis Ende 2022 abzuschließen, allerdings ist hier von zusätzlichen Kosten für die Stadt Wedel für Reinigung und Reparaturen auszugehen. Ziel ist, für diesen Zeitraum einen annehmbaren Pflegezustand der Buswartehäuschen zu erhalten. Es besteht die Hoffnung, dass sich die Pandemielage ab Herbst 2021 entspannt und im Frühjahr/Sommer 2022 eine erfolgreichere Ausschreibung durchgeführt werden kann.

Frage:

Welche Beträge sind wo für Planungskosten im Zusammenhang mit Wedel Nord bzw. der Nordumfahrung eingestellt?

Antwort:

Die Planungskosten für die Nordumfahrung liegen im Zuständigkeitsbereich des UBF. Planungsmittel sind nicht im Haushalt 2021 eingeworben sh. Haushaltsplan Seite 105 Investitionsplan 2021 Nr. 544001740 Nordumfahrung Wedel (Planung).

Die Planungskosten für das B-Plan-Verfahren Wedel Nord in Höhe von 500.000€ sind zusammen mit den Planungskosten für andere B-Plan-Verfahren im Haushalt eingestellt (siehe S. 515 Zeile 16 oder S. 516 Zeile 15). Die Einnahmen (die Planungskosten werden von den Vorhabenträgern erstattet) sind ebenfalls im Haushalt in Höhe von 500.000€ berücksichtigt (S. 515 Zeile 6 oder S. 516 Zeile 6).

Frage:

Welcher Betrag steht 2021 jeweils zur Verfügung für Investitionen (Grunderwerb, Bau) und im Betriebshaushalt (Planungskosten, Gutachten, ...) für den B-Plan 76 (Rad-/ Fußwegeverbindung Geestrand)?

Antwort:

Es sind Planungsmittel in Höhe von ca. 57.000 Euro von 2020 nach 2021 für Planungs- und Gutachtenkosten auf Grund bestehender Verpflichtungen übertragen worden. Im Investitionshaushalt sind keine Mittel eingeplant, da hier mit noch keinen Ausgaben in 2021 zu rechnen ist. Das Verfahren ist auf einem guten Weg, der derzeitige Zeitplan sieht vor, bis zum Ende des Jahres das frühzeitige Beteiligungsverfahren durchzuführen. Daher ist nicht mit einem Baubeginn in 2021 und der Notwendigkeit für investive Mittel zu rechnen.

Frage:

Sind die Teilbeträge jeweils gegenseitig deckungsfähig?

Antwort:

Es gibt keine Deckungsfähigkeit zwischen Betriebs- und Investitionshaushalt.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Burmester verliert den Beschlussvorschlag, den er zu Beginn der Sitzung für diesen Tagesordnungspunkt angekündigt hat.

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit die Haushaltssatzung 2021 dem Rat zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	2
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion DIE LINKE	0	0	1

5 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Elbstraße 31, Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 4 Wohneinheiten

BV/2021/004

Herr Burmester begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die FDP-Fraktion findet den nun vorliegenden Entwurf deutlich gelungener und sich in das Gebiet einfügend als die am 20.10.2020 im Planungsausschuss vorgestellte Variante. Dennoch wird sie der Vorlage nicht zustimmen, da dem Milieuschutz nicht ausreichend Genüge getan werde.

Für die SPD-Fraktion fügt sich das neue Gebäude, auch durch die Angleichung der Straßenflucht, besser in die Umgebung ein als der bereits vorhandene Altbau an dieser Stelle. Somit sei das Bauvorhaben eine Verbesserung des Milieus. Bedenken werden lediglich auf Grund der geringen Stellplatz-Anzahl geäußert.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird der Vorlage zustimmen, auch wenn aus der Vogelperspektive erkennbar sei, dass das Gebäude sich von der Umgebung abhebt. Aus der Straßenansicht füge es sich jedoch ein, zumal in Sichtweite mehrere größere Gebäude stehen.

Die CDU-Fraktion schließt sich den Argumenten der SPD-Fraktion an, durch die Verdeckung des Altbaus werde der Anblick der Straßenflucht deutlich verbessert.

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 4 Wohneinheiten in der Elbstraße 31 in Wedel wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	1	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6 Anträge der Fraktionen

6.1 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Anträge zu Wedel Nord

ANT/2020/034

Herr Wuttke bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein. Die Fraktion wünscht sich eine Beratung der Themen, die im Zusammenhang mit dem nun zu entwickelnden Rahmenplan für das Gebiet Wedel Nord diskutiert werden müssten.

Es sollte vermieden werden, dass weiterer Individualverkehr das bestehende Straßennetz zusätzlich belasten. Daher soll mit dem vorliegenden Antrag der Versuch unternommen werden, diese Zunahme des Verkehrs durch verschiedene Maßnahmen weitest möglich zu verringern. Beispielsweise müsse das ÖPNV-Angebot so attraktiv wie möglich ausgestaltet sein, ebenso wie die Fuß- und Radwegeverbindungen aus dem Gebiet in die Stadt und zum Bahnhof.

Autofreies und autoarmes Wohnen war bereits Teil der Ausschreibung. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sollten auch die Stellplätze im öffentlichen Raum für das Gebiet deutlich reduziert werden und lediglich für z.B. Handwerker und Besucher vorgesehen werden.

Die SPD-Fraktion sieht derzeit keine Notwendigkeit, den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu beraten, beantragt jedoch für den Fall der Beschlussfassung eine Einzelabstimmung über die Antragspunkte.

Insbesondere die Punkte 1 und 2 des Antrags waren in Gesprächen mit den Investoren immer Konsens und teilweise von diesen initiiert worden, insofern sei eine Beratung darüber zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig. Es sei davon auszugehen, dass diese im vorzulegenden Rahmenplan berücksichtigt sein werden.

Die Radwegeverbindung unter Punkt 3 geht über das Gebiet Wedel Nord hinaus und kann im Rahmenplan daher nicht umfänglich abgebildet werden.

Das autofreie oder autoarme Wohnen (Punkt 4) war bereits Teil des Wettbewerbs. Erfahrungen aus anderen Städten haben gezeigt, dass ein solches Projekt nur funktioniert, wenn es eine bestehende Gemeinschaft gibt, die diese Vision möchte und umsetzt. Daher ist es aus Sicht der SPD-Fraktion nur möglich, ein mögliches autoarmes Quartier festzulegen, dass jedoch nur bei Bedarf auch wirklich umgesetzt werden kann.

Zu Punkt 5 sei festzuhalten, dass eine Mehrheit sich weniger KFZ-Verkehr und weniger Stellplätze wünscht, die Realität in dem mittelfristigen Zeithorizont von 3-4 Jahren bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnittes noch anders sein wird. Die Investoren haben jedoch den Vorschlag unterbreitet, dass vorerst Stellplätze vorgehalten werden, die jedoch bei sinkendem Bedarf in Bauplätze umgewandelt werden könnten.

Die FDP-Fraktion sieht ohne Vorliegen eines aktuellen Rahmenplans keinen Beratungsbedarf. Der Rat habe bisher durch die pandemiebedingten Sitzungsausfälle keine Beschlüsse zu Wedel Nord gefasst. Viele in dem Antrag enthaltenen Punkte sind selbstverständlich (z.B.: Mobilityhub, ÖPNV, fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen, Fahrradwege, etc.). Die Idee des autofreien Wohnens ist bei der ersten Bürgerbeteiligung nicht angenommen worden und sollte nicht an dieser Stelle neu diskutiert werden, sondern nach Vorlage des Rahmenplans und bei Bedarf durch zukünftige Bewohner*innen. Das Modell der Umwandlung nicht mehr genutzter Stellplätze in Bauplätze, Grünflächen oder Kinderspielplätze sei begrüßenswert.

Die Fraktion die Linke bittet darum, die Redebeiträge kurz zu halten und schließt sich dem Antrag auf Einzelabstimmung an.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert, dass mit dem Antrag lediglich per Beschluss die Punkte, die bisher oft im Planungsausschuss besprochen wurden, festgehalten werden sollten. Dies sei nötig, um auch mit den Vertretern des ÖPNV zeitnah in erste Gespräche zu gehen.

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass sie bei allem Verständnis für den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den jetzigen Zeitpunkt für eine solche Diskussion für falsch hält. Erst müsse der neue Entwurf des Rahmenplans vorliegen, dann könne die Politik diskutieren und anschließend müsse eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Ohne Bürgerbeteiligung nun Festsetzungen beschließen zu wollen sei paradox.

Die FDP-Fraktion kündigt einen Änderungsantrag an, falls die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den vorliegenden Antrag nicht zurückziehen. Dieser umfasst deutlich mehr Punkte und ist den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung am Tag vor der Sitzung zugesandt worden.

Die WSI-Fraktion schließt sich den Vorredner an, dass hier ausschließlich bekannte Themen im Antrag aufgeführt werden, die erst mit der Vorlage des Rahmenplans diskutiert werden können. Sie sieht daher nur die Möglichkeit, den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen.

Frau Sinz bittet darum, die Begriffe autofrei und autoarm richtig zu definieren. In einem autofreien Quartier müssten sich die Bewohnerinnen und Bewohner per Vereinssatzung verpflichten, kein Auto zu besitzen. Autoarm sei flexibler, z.B. käme hier ein verkehrs- und stellplatzfreies Quartier mit am Rande ausgelagerten Parkmöglichkeiten in Betracht. Die Verwaltung rät dringend davon ab, den Stellplatzschlüssel grundsätzlich zu reduzieren. Um einen möglichst autofreien öffentlichen Raum zu erhalten, muss eine angemessene Anzahl von PKW-Stellplätzen im privaten Raum vorhanden sein.

Die SPD-Fraktion appelliert an die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Antrag vorerst zurückzuziehen und die Punkte erst bei Vorlage des neuen Rahmenplans zu beraten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zieht den Antrag zurück bis zur Vorlage des ersten neuen Entwurfes des Rahmenplans für Wedel Nord.



**6.2 Antrag SPD-Fraktion; hier:
Rad- und Fussweg B431****ANT/2021/003**

Herr Eichhorn bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein. Die Verortung des Antrages im Mobilitätskonzept sei grundsätzlich sinnvoll, jedoch seien kurzfristige Fördermittel des Kreises für Radwege zu beantragen. Daher sollte die Planung und der Bau des Fuß- und Radweges zwischen der B431 und der Industriestraße kurzfristig begonnen werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sehen bei der unsicheren Haushaltslage keine Priorität dieses Radweges, zumal der Streckenverlauf noch ungeklärt ist. Ein Beschluss des Antrages würde vermutlich zulasten anderer, vorrangiger Projekte gehen. Der B-Plan 76 habe eine deutlich höhere Priorität. Darüber hinaus erstellt die AG Mobilität derzeit ein Strategieprogramm, um durch gezielte Maßnahmen den Bürger*innen und Schüler*innen einen größtmöglichen Nutzen zu bringen.

Die CDU-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen. Noch sei unklar, welche Wege an dieser Stelle zukünftig gebraucht werden. Vorstellbar sei auch eine Zukunftsvision mit einem 2. S-Bahn-Haltepunkt und einer Trasse für ein autonomes Shuttle zum Businesspark.

Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich für die Beantragung von Fördermitteln für den Ausbau der Radwege, allerdings habe gerade der hier beantragte Radweg keine Priorität, vielmehr müsse die Planung für den B-Plan 76 vorangetrieben werden. Dies gelte insbesondere nach der Entscheidung gegen die Verlegung der B431.

Herr Schmidt ergänzt, dass es tatsächlich Fördermittel für Radwege gibt, allerdings seien die Kriterien, ob z.B. auch die Planungskosten förderfähig seien, noch unklar. Allerdings beinhalten Förderprogramme auch immer eine Co-Finanzierung, daher wäre ein Eigenanteil auch von der Stadt zu tragen. Die Entscheidung über einen solchen Antrag sollte daher unter den Aspekten Sinnhaftigkeit und Priorität des entsprechenden Abschnittes abgewogen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Planung und den Bau des Fuß und Radweges auf der alten Gleisanlage zwischen der B 431 und der Industriestraße zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:**Abgelehnt****3 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung**

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	9	1
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	0	1

Im Anschluss an die öffentlich beratenen Tagesordnungspunkte bittet Herr Penz um das Wort und verliest eine persönliche Erklärung.

Er wird den Planungsausschuss verlassen und die WSI-Fraktion zukünftig in einem anderen Ausschuss vertreten. Er dankt fast allen Mitgliedern des Ausschusses für die meist gute Zusammenarbeit bei der Findung von guten Lösungen für die Stadt Wedel, Herrn Burmester für die couragierte Leitung der Sitzungen und der Verwaltung für die gute Zuarbeit.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.20 Uhr. Die verbleibende Öffentlichkeit verlässt den Ratssaal.

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 20.05 Uhr wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Burmester
Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies
Katrin Matthies

